

GRÜNES BÜNDNIS
Neustadtstrasse 34
Postfach 31
6000 Luzern 4

RundBrief
4/2006

Zeitschrift
für Mitglieder
und Interessierte



Mehr Demokratie bei den Kantonsfinanzen

Sparpolitik in der Sackgasse

Schwerpunkt 3

«Mehr Demokratie bei den Kantonsfinanzen». Wir informieren über die Vorlage.

Bundeshaus 5

Der erste Sessionsrückblick unseres neuen Nationalrats Louis Schelbert.

Kanton 6

Die Gender-Checkliste zur Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit.

Stadt 7

Die Grüne Initiative für eine kinder- und elternfreundliche Stadt.

Editorial Der Wind dreht

Michael Töngi, GB-Co-Präsident, Kriens

Viel Zuspruch für die grüne Energie-Initiative: Die Unterschriften kommen flott zusammen, das Sammeln fällt leicht, und selbst die CVP unterstützt unser Anliegen. Klar: Klimapolitik wird ernst genommen, von der Bevölkerung mehr als von Regierung und Parlament. Das zeigen die endlosen Diskussionen über die CO₂-Abgabe, die schon längst eingeführt sein sollte. Wir Grünen bleiben dran!

Ebenfalls grosse Unterstützung erhält die städtische Initiative für eine kinder- und elternfreundliche Stadt. Auch hier gehen die Grünen voran – im Gegen-

satz zu vielen bürgerlichen PolitikerInnen, die zwar in Parteiprogrammen über Betreuungsangebote schreiben, oft aber die finanziellen Konsequenzen nicht tragen wollen.

Im September haben wir die Gelegenheit, auch in der Finanzpolitik des Kantons neue Schwerpunkte zu setzen. Mit der Abstimmung zur Initiative «Mehr Demokratie bei den Kantonsfinanzen» bietet sich die einmalige Gelegenheit, einerseits die Mitspra-

che der Bevölkerung auszubauen, denn neu soll es möglich sein, gegen das kantonale Budget das Referendum zu ergreifen. Gleichzeitig können wir sagen: Mit der bisherigen Finanzpolitik, die einem grossen Staatsabbau-projekt entspricht, sind wir nicht zufrieden. Bisher wurden viele Abbauschritte am Volk vorbei beschlossen – weil Referenden nicht möglich waren bzw. die Bereitschaft bei Regierung und Grosse Rat fehlte, Referenden zu ermöglichen. Das Grüne Bündnis hat diese Initiative von Anfang an mitgetragen. Jetzt ist es an uns allen, ihr zum Erfolg zu verhelfen.



MV

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

Mietprobleme | Einzug-Auszug | Wohnungsabnahmen
Mängel in der Wohnung | Mietzins-Check | Literatur

Werden Sie Mitglied! Wir unterstützen und beraten Sie!

Telefon 041 220 10 22

www.mieterverband.ch/luzern

M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g !

Mehr Demokratie bei den Kantonsfinanzen!

Schluss mit der Sparpolitik

Adrian Borgula, GB-Grossrat, Luzern

Am 24. September wird über die Volksinitiative «Mehr Demokratie bei den Kantonsfinanzen» abgestimmt. Die Initiative verlangt, dass Voranschlag und Steuerfuss dem fakultativen Referendum unterstellt werden. Die Initiative ist von einer breiten Plattform von Organisationen aus den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur, Umwelt und Personal sowie von GB, SP und CSP lanciert worden.

Gegen Sparpakete und Steuersenkungen

Die zwei zentralen Anliegen sind der Ausbau der Volksrechte und eine Antwort auf die neoliberale Finanz- und Steuerpolitik, die sich immer mehr von den Anliegen der Mehrheit der Bevölkerung wegbewegt. Wichtige politische Weichenstellungen müssen mit dem Willen der Bevölkerung übereinstimmen. Selbstverständlich gehören Voranschlag und Steuerfuss dazu. Mit ihnen werden u. a. die Sparpakete und Steuersenkungen durchgepeitscht. Die Folgen: Leistungsabbau und steigende Gebühren. Zu den meisten wesent-

Goldverkäufe zufriedenstellend. Trotzdem versucht die bürgerliche Mehrheit, den finanziellen Druck aufrechtzuerhalten, zum Beispiel durch die Neudefinition des Schuldenbegriffs, durch die Steuerfussenkungen, von denen in erster Linie die finanzkräftigen MitbürgerInnen profitieren, oder durch die laufende Steuergesetzrevision, die bei Kanton und Gemeinden über 200 Millionen Franken Steuerausfälle bringen wird. Es geht ja schon längst um den Abbau der staatlichen Leistungen und nicht mehr um die Sanierung der Kantonsfinanzen.

Für mehr Volksrechte

Die bürgerliche Mehrheit kann schlecht verhüllen, dass sie mit formalen Argumenten gegen eine Initiative kämpft, die ihr politisch nicht passt. Unter anderem wird der Initiative eine fehlende Übergangsregelung vorgeworfen, falls Ende Jahr kein Budget und Steuerfuss vorliegt. Fakt ist, dass das heute schon im ganz normalen Budgetprozess passieren kann, wenn der Grosse Rat den Voranschlag ablehnt. Es ist schon seltsam, wenn die Regierung dem Initiativkomitee einen «Mangel» vorwirft, der in der eigenen Gesetzgebung besteht. Der Vorschlag ist auch nach Annahme unserer Initiative tauglich. Weiter wird gesagt, dass ein Voranschlag für eine Volksabstimmung zu komplex sei. Ein Argument gegen eine aktive Mitwirkung der Bevölkerung am Budgetprozess kann dies nicht sein. Es gehört zur demokratischen Praxis, dass auch komplexe Fragen der Bevölkerung zur Beurteilung vorgelegt werden. Kaum jemand hat die 500 Seiten Bilaterale II durchgelesen, dennoch konnte man sich eine Meinung zu dieser Vorlage bilden. Wird die Plattform-Initiative angenommen, kann das Referendum ganz klar gegen einen bestimmten Aspekt gerichtet werden, zum Beispiel gegen die Senkung des Steuerfusses oder gegen ein Sparpaket, welches mit dem Budget umgesetzt werden soll. Die schwachen Gegenargumente belegen die Nervosität der Regierung, und diese ist gerechtfertigt: Weite Bevölkerungsteile haben die Nase voll von der Sparhysterie. Setzen wir uns kraftvoll ein für die Annahme der Initiative: Die Chancen sind gut!



lichen Entscheidungen hat das Volk hier nichts zu sagen. Die Debatte um die Reform 06 hat gezeigt, dass weite Teile der Bevölkerung nicht mehr bereit sind, die Auswüchse der Sparpolitik der vergangenen Jahre hinzunehmen und Spitäler, Schulen und Museen schliessen zu lassen, um damit die Steuersenkungen zu finanzieren.

Gegen den Leistungsabbau

Die Finanzlage des Kantons Luzern ist nach dem Schuldenabbau durch den Erlös der

... wie handhaben die Berner die Finanzdemokratie?

Wer bestimmt was

Heinz Bähler, Luzern, RundBriefredaktion

Während in Luzern mit der überparteilichen Initiative «Mehr Demokratie bei den Kantonsfinanzen» versucht wird, die Finanzpolitik zu demokratisieren, ist es im Kanton Bern so, dass das Volk zum Budget nichts zu sagen hat (im Gegensatz zur Stadt Bern, hier kommt das Budget jedes Jahr im November vors Volk). Im Kanton hat jedoch das Parlament etwas mehr zu sagen bei der Finanzplanung. Mit der obligatorischen Volksabstimmung zum Budget (jeweils im November) können die Steuerzahlenden mitentscheiden, was mit dem Geld passiert. «Dies ist vor allem bei neuen Aufgaben wichtig und hat sich aus rotgrüner Sicht bewährt», betont Catherine Weber. In der Stadt Bern wird nebst dem Budget jeweils auch über den Steuerfuss (welcher seit Jahren unverändert ist) und die Hundesteuer abgestimmt. Die recht gute Stimmbeteiligung zeigt, dass sich die Leute interessieren, was mit ihrem Geld passiert.



Stadt Bern

Beim Berner Gemeinderat liegt zurzeit von der GB/JA Fraktion ein Postulat vor, in welchem mehr Kompetenzen des Parlamentes bezüglich Aufgaben und Finanzplan (IAFP) verlangt werden. Heute kann nämlich der Stadtrat (Legislative) vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan nur Kenntnis nehmen. Er hat keine Möglichkeit, welche eine gewisse Verbindlichkeit mit sich bringt, auf das wich-

tigste Planungsinstrument der Stadt Einfluss zu nehmen. Der Gemeinderat wird beauftragt, zu prüfen, welche Möglichkeiten es gäbe, damit der Stadtrat auf die Aufgaben- und Finanzplanung einwirken kann. Im Postulat wird auf ein ähnliches Planungssystem im Kanton hingewiesen. Noch wurde das Postulat nicht von der Legislative diskutiert, aber der (links-grüne) Gemeinderat beantragt, das Postulat abzulehnen. Er weist darauf hin, dass dies zu einer Vermischung der Kompetenzen führen würde. Mit Vorstössen kann der Stadtrat dem Gemeinderat besondere Anliegen zur Prüfung unterbreiten, welche im IAFP nicht oder anders berücksichtigt sind. Ferner weist der Gemeinderat in seiner Antwort darauf hin, dass der Stadtrat auch immer konkret zu Einzelfragen Stellung nehmen kann. Catherine Weber, Fraktionsmitglied des GB und zuständig für Finanzen, geht davon aus, dass der Vorstoss abgelehnt wird. Dies, obwohl auch Bürgerliche bei der Einführung von NPM laut darüber nachdachten, dem Parlament bei der Finanzplanung mehr Mitbestimmungsrecht zu geben. Weber meint weiter: «... wenn wir also etwas verändern wollen an der Finanz- und Investitionsplanung, müssen wir jeweils einen Vorstoss machen und etwas «bestellen».

Die mag mich!

www.xundheit.ch



Xundheit

versichert

Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz

Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz, Pilatusstr. 28, 6002 Luzern, Tel. 041 227 77 77

Sessionsrückblick

Licht und Schatten

Louis Schelbert, Nationalrat, Grünes Bündnis Luzern

Wenn einer sagt: «Hei, wie die Zeit läuft!», denke ich: Der wird älter. Nun geht es mir gleich. Im März vereidigt, läuteten zum Schluss der Sommersession 2006 nach der Sondersession im Mai nun schon zum dritten Mal die Glocken des sympathischen Ratspräsidenten Claude Janiak zum Sessionsende – hei, wie die Zeit läuft.

Medien

In jeder Session sind die Medien ein grosses Thema. Immerhin: Aus der Fülle der Traktanden ragen auch für mich vor allem jene hervor, die medial grosses Echo fanden. Das kann bezüglich Info-Gehalt beruhigen, auch wenn sich inhaltlich längst nicht alle Wünsche bzw. Notwendigkeiten erfüllten. Zum Teil, etwa bei der Herabsetzung des Jugendschutzes, wurden sogar empfindliche Verschlechterungen beschlossen: Nun könnten künftig alle jungen Leute über 18 Jahre, also auch Lehrlinge, zu Nacht- und Sonntagsarbeit aufgeboden werden. Ob gegen diesen Abbau beim Arbeitsschutz das Referendum ergriffen wird, ist am 25. Juni noch offen.

Kleinschritte

Es ist gemessen an den Erfordernissen der Zeit unglaublich, wie klein die möglichen Schritte sind. Beispiel Umweltpolitik. Die minimale CO₂-Abgabe, im Grundsatz schon lange beschlossen, ist eine Zitterpartie und noch längst nicht «am Schärme»; es fehlt noch die Zustimmung des Ständerates. Einer Selbstverständlichkeit wie der Filterpflicht für Diesel-Baummaschinen geht ein monatelanges Tauziehen voraus. Oder die Erhöhung der LSVA, auch sie «beschlossen», erlebt ein Störmanöver nach dem andern. So haben die letzten Sessionen nicht den nötigen Fortschritt in der Umweltpolitik gebracht, aber immerhin Teile, auf denen sich aufbauen lässt. Und die Medien haben die Themen prominent abgehandelt.

Aufgelaufen

Im Mai erlebte der Bundesrat mit seiner Idee über Verkauf und Privatisierung der Swisscom ein eigentliches Debakel. Das politisch Interessante war für mich, dass die neoliberale Welle nun schon im Parlament auf Grund

laufen kann. Insbesondere Teile der CVP haben aus den Abstimmungsergebnissen zum Strommarkt oder zur Post-Initiative auch erkannt, dass der Bevölkerung gute öffentliche Dienstleistungen wichtig sind – wichtiger jedenfalls als ideologische Bekenntnisse zu wirtschaftlichen «Freiheiten», die im Ergebnis vor allem teurere Leistungen und höhere Gebühren bringen. In dieser Legislatur dürften die neoliberalen Privatisierer ihren Kratten jedenfalls nicht mehr weiter füllen können. Das haben auch die Medien so gesehen.

Frau Leuthard

Die grösste inhaltliche Differenz zu den Medien schufen wir bei der Bundesratswahl. Die Fraktion der Grünen gab bekannt, Doris Leuthard nicht zu wählen. Da fegte mitten im Sommer ein eisiger Wind durch Teile der Medien. Als «undemokratisch» wurden wir bezeichnet, weil wir auf der Möglichkeit zu einer Auswahl zwischen CVP-Frauen bestanden. Unser Hintergrund: Es gäbe in der CVP Frauen mit fortschrittlicherem politischem Profil als Frau Leuthard. Das durfte nicht sein. Jetzt, nach der Wahl, wünsche ich ihr viel Glück und hoffe, sie führe den versprochenen Dialog – auch mit uns!



Volksinitiative «Tierschutzanwalt»

«Vor dem Gesetz sind alle gleich» – diese Maxime gilt dann nicht, wenn es sich beim Geschädigten um ein Tier handelt. Während dem Angeschuldigten sämtliche Rechtsmittel zur Verfügung stehen, können sich misshandelte Tiere in keiner Weise wehren. Das führt immer wieder dazu, dass wichtige Beweise nicht aufgenommen und Strafverfahren verzögert bzw. sogar eingestellt werden.

Der Schweizer Tierschutz (STS) will diese Ungerechtigkeit beseitigen und hat deshalb im April 2006 die eidgenössische Volksinitiative «Tierschutzanwalt» lanciert («Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere»). Mit der Initiative verfolgt der STS ein Anliegen, das unberücksichtigt blieb, als National- und Ständerat letztes Jahr das Tierschutzgesetz verabschiedeten.

Die Grünen Schweiz und das GB Luzern unterstützen die Tierschutzanwalt-Initiative. In der Beilage finden Sie den entsprechenden Unterschriftenbogen. Wir bitten Sie, die Initiative zu unterschreiben und den Bogen an den STS zu schicken. Weitere Informationen finden Sie unter www.tierschutzanwalt.ch.

Neue grüne Strategie

Querschnittsaufgabe Gleichstellung

Heidi Rebsamen, Gleichstellungsbeauftragte der Berner Fachhochschule, Luzern

Im Februar hat der Vorstand ein Konzept für Gendermainstreaming in der grünen Politik verabschiedet. Damit soll die Gleichstellungspolitik des GB einen neuen aktiven Schub erhalten, indem sämtliche politische Forderungen wie Stellungnahmen, Massnahmen und Gesetzesvorlagen einen Gendercheck erfahren.

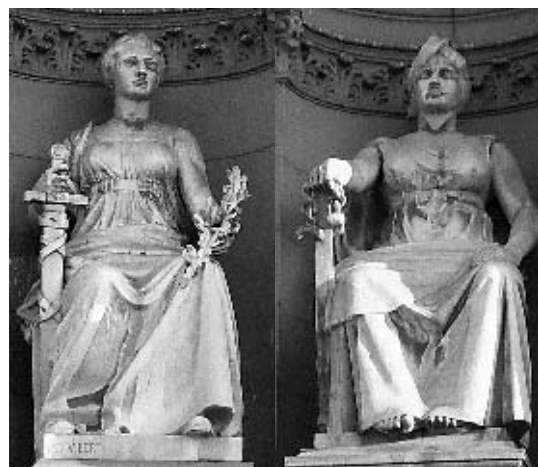
Politik im Selbstverständnis des GB Luzern hat seit je einen starken Bezug zur Genderdimension. Das Eintreten für eine geschlechtergerechte Politik gehört zum Markenzeichen grüner Luzerner Politik. Denn politische Entscheidungen haben unterschiedliche Wirkungen auf die verschiedenen Gruppen innerhalb einer Gesellschaft, seien es nun Männer oder Frauen, Arme oder Reiche, Bauern oder in der Stadt Wohnende.

Gleichstellung als Querschnittsaufgabe ist eine Forderung, welche seit den 80er Jahren im Raum steht und von zahlreichen Frauengruppen aufgenommen wurde. Mit dem Begriff Gendermainstreaming hielt die Forderung Einzug in die formelle Politik. (Die EU hat dieses Konzept in die aktuelle Verfassung aufgenommen und sammelt seit dem Amsterdamer Vertrag von 1997 Erfahrungen mit der Umsetzung. Dies bedeutet, dass auch auf Nationalstaatsebene Gendermainstreaming umgesetzt wird. In unseren Nachbarländern gibt es entsprechend viele Anregungen, wie diese Strategie in die Alltagspolitik einfließen kann.)

Gendermainstreaming

Das Konzept Gendermainstreaming geht davon aus, dass es keine geschlechtsneutrale

Wirklichkeit gibt und daher bei allen gesellschaftlichen Prozessen die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmässig zu berücksichtigen sind. Alle Themen und Massnahmen sind aus der Sicht von Frauen und Männern zu prüfen, damit mögliche Nachteile und Chancen für beide Geschlechter



ter erkennbar werden und berücksichtigt werden können. Damit geht es nicht mehr primär um Frauenförderung, sondern darum, jegliche Auswirkungen politischer Massnahmen zu verhindern, die einseitig ein Geschlecht belasten oder begünstigen.

Dem Vorstand ist es ein ernsthaftes Anliegen, Gendermainstreaming im GB, auf kantonaler und kommunaler Ebene umzusetzen und stellt dafür das Instrument der Gender-Checkliste zur Verfügung.

Gender-Checkliste

In der parlamentarischen Arbeit bedeutet eine Gendersicht, Gesetzesvorlagen und Entschiede laufend auf Geschlechtergerechtigkeit zu überprüfen. Dazu gehört neben der Beurteilung von möglichen Auswirkungen auf beide Geschlechter auch die Frage nach Mitbeteiligung und Mitberücksichtigung beider Geschlechter über alle Ebenen hinweg.

Die SP Kanton Bern hat im Oktober 2005 eine Checkliste zur Überprüfung der Geschlechtergerechtigkeit vorgestellt. Der Vorschlag des Vorstandes lehnt sich eng daran an. Die Checkliste ist ein Instrument und beinhaltet im wesentlichen die Beantwortung von zielgerichteten Fragen (Kasten).

**Gender-Checkliste**

Der Gendercheck fragt beispielsweise:

1. Wer ist von der geplanten Massnahme betroffen?
2. Haben die betroffenen Frauen und Männer unterschiedliche Voraussetzungen, Lebenslagen, Bedürfnisse und Interessen im Zusammenhang mit der Massnahme? Welche?
3. Wird den beschriebenen Unterschieden in der Massnahme Rechnung getragen?
4. Wer gewinnt oder verliert durch die geplante Massnahme welche Ressourcen? (Geld, Raum, Zeit, Bildung, Mobilität, Gesundheit, Beratung, Kontakte, Wissen usw.)

Initiative für eine kinder- und elternfreundliche Stadt

In fünf Wochen gesammelt

Agatha Fausch, GB-Grossstadträtin, Luzern

Am 6. Mai lancierte das Grüne Bündnis der Stadt Luzern eine Volksinitiative mit dem Ziel, dass die Stadt Luzern kinder- und elternfreundlich wird. Die Stadt soll das Angebot für Kinderbetreuung ergänzen, damit Väter und Mütter Familien- und Erwerbsarbeit besser kombinieren können. Das Initiativkomitee verlangt, dass die Gemeindeordnung mit einem Artikel ergänzt wird, der folgende Punkte beinhaltet:

- Die Stadt Luzern soll die Kombination von Familien- und Erwerbsarbeit für Väter und Mütter fördern.
- Dazu soll sie ein qualitativ gutes Angebot von Kinderbetreuungsplätzen für Vorschul- und Schulkinder anbieten. Dieses soll sich nach der ausgewiesenen Nachfrage richten. Die Stadt kann in dieser Sache auch mit privaten Anbietern zusammenarbeiten.

Warum eine solche Initiative?

Im heutigen Klima der Sparpolitik ist es schwierig, Massnahmen für eine kinder- und elternfreundliche Stadt zu finanzieren. Zwar akzeptieren seit einigen Jahren auch die Bürgerlichen im Stadtparlament, dass die familienergänzende Kinderbetreuung «auf der Agenda» steht. Wenn es aber darum geht, für diese Aufgaben finanzielle Ressourcen zu erschliessen, tun sich die Bürgerlichen schwer. Neben den bestehenden Schülerhorten und Mittagstischen laufen in der Stadt zwei Pilotprojekte für die Betreuung von Schulkindern, nämlich das Pilotprojekt Tagesschule im Grenzhof und das Modell «Schule und Betreuung» (Mittagstisch und nachmittägliche Freizeitkurse für SchülerInnen). Trotzdem gibt es lange Wartelisten für Eltern, die für ihre Kinder einen geeigneten Platz suchen.

Aktionsgruppe mit Zuversicht und Durchhaltewillen

Vor der Lancierung der Initiative gab es einige kritische Stimmen. Wir hörten Einwände und Bedenken von jungen und älteren GB-Mitgliedern. Trotzdem arbeitete die Aktionsgruppe mit Zuversicht und Durchhaltewillen weiter und stand an drei Samstagen während vieler Stunden auf der Strasse.

Die Unterschriftensammlung lief besser als erwartet. Begeisterte SympathisantInnen ka-

men ungefragt an unseren Stand, um zu unterschreiben, und einige nahmen einen Bogen zum Selbersammeln mit. Die Strategie, die Unterschriften an den ersten Wochenenden der Sammelfrist auf der Strasse zu sammeln, hat sich bewährt. Innerhalb der ersten fünf Wochen erreichten wir das notwendige Kontingent von über 900 Unterschriften. An dieser Stelle herzlichen Dank an alle, die sich für die Initiative eingesetzt haben!

Politik auf der Strasse – eine positive Erfahrung

«Animation politique» – ich wusste nicht, dass Unterschriftensammeln auch Spass machen kann! Strassenaktionen haben für die AktivistInnen vor allem den Vorteil, dass man hört, was andere denken.

Es gab resignierte, auch verbitterte Stimmen («Nei, do bini degäge, das händ mier au nöd gha, die Fraue selid nu deheime bliibe!»), aber wir hörten auch viele aufmunternde Worte. Zwei Beispiele dafür: «Als liberale junge Fraue sympathisiere ich mit eurer Idee. Ich will selbst mit Kindern in dieser Stadt leben und arbeiten können, ich bin dafür und unterschreibe.» – «Ist diese Initiative gegen die Sozialdirektion gerichtet? Schadet sie der Arbeit von Ruedi Meier? In diesem Fall würde ich nicht unterschreiben!» Eine junge Mutter erzählte von ihren Erfahrungen: «Ich hoffe, dass ich auch mal einen Betreuungsplatz an einem Dienstag, Mittwoch oder Donnerstag ergattern kann. An diesen Tagen ist die Krippe überbelegt. Vielleicht wird es im nächsten Jahr besser.» Eine andere fragte, ob die Betreuung am frühen Morgen künftig abgedeckt sein würden.

An unseren Standaktionen haben wir viel gehört und viel gelernt. Rückmeldungen erhielten wir auch zum Auftritt der Grünen inner- und ausserhalb des Parlamentsbetriebes. Wir konnten vieles klären, erläutern und Leute umstimmen. Mit unserer Initiative für eine kinder- und elternfreundliche Stadt schaffen wir uns bei vielen StadtbewohnerInnen Goodwill. Das schnelle Zusammenkommen der Unterschriften und die zahlreichen sympathischen Reaktionen bestätigen uns darin, dass wir das richtige Gespür für die «Software» unserer Stadtentwicklung haben!



Zentrumsplanung Kriens

Sorgfältigere Planung gefordert

Bruno Bienz, GB-Einwohnerrat, Kriens

Kriens ist daran, sein Zentrum neu zu planen. An der letzten Einwohnerratssitzung wurden die Vorschläge des Gemeinderats diskutiert. Die GB-Fraktion forderte eine sorgfältigere Überarbeitung der Zentrumsplanung, war aber mit ihrem Antrag allein.

Zu viele Fragen offen

Damit die Mehrheit der KrienserInnen hinter der Zentrumsplanung stehen kann, bedarf es einer sorgfältigen städtebaulichen Planung. Es gilt zu verhindern, dass die Bevölkerung nach jahrelanger Planung Nein sagt. Noch sind so viele Fragen ungeklärt, dass sich die Bevölkerung unmöglich mit der Planung identifizieren kann und viele Ängste bestehen.

So will der Gemeinderat zwei grosse Grundstücke verkaufen, hat aber keine Ahnung, wohin mit all jenen, welche die Liegenschaften jetzt nutzen. Für die GB-Fraktion zentrale Fragen sind auch: Braucht es eine zentrale Gemeindeverwaltung an bester Lage? Belebt diese auch wirklich das Zentrum? Für eine Belebung bräuchte es eine gute Gastroszene und Aktivitäten am Abend. Und: Gibt es für die heute dort ansässigen Geschäfte überhaupt noch eine Chance bei viel höheren Mieten?

Die Zentrumsplanung sieht vor, dass die Gemeinde die letzte offene Fläche im Zentrum

verbaut. Kann nicht das Bahnhofsareal unser neuer «Dorfplatz» sein? Mit einer Öffnung zum Bellpark hin wäre das Areal ein idealer Standort für Märkte, Feste und Chilbi.

Wohin mit Musikschule, Feuerwehr und Kultur?

Es stellt sich auch die Frage, wo die Musikschule, die Feuerwehr und die Kultur ihren Standort finden sollen. Die Musikschule ist überall in Kriens verteilt. Dieses Problem sollte schon lange angepackt werden. Wieso gibt es im Planungsbericht dazu keinen Lösungsansatz? Im «Richtplan Zentrum» stand, dass die Feuerwehr ausgelagert werden und der Kultur Platz machen sollte. Nun wird dieser Entscheid vertagt. Wenn die Feuerwehr am alten Standort verbleibt, ist unserer Meinung nach zu wenig Kulturraum vorhanden. Grundstücke veräussern und sich erst nachher den Fragen stellen, die sich aus dem Verkauf ergeben? Ein solches Vorgehen ist unseriös.

Krienser Industriegeschichte

Auch der Verkauf der Teiggi wirft viele Fragen auf. Ist es nicht möglich, die Teiggi als eines der letzten Gebäude der Krienser Industriegeschichte zu erhalten? Vielleicht findet eine Investorin oder ein Investor Gefallen an der Krienser Industriegeschichte und möchte die Teiggi als Wohn-/Arbeits- und Kulturzentrum erhalten. Beispiele für solche Umnutzungen gibt es viele.

Kriens hat schon vieles verloren, was seine Identität ausmacht. Der Planungsbericht des Gemeinderats geht nochmals sehr unsorgfältig mit dem Gesicht der Gemeinde um. Sollen nun auch unser Kino Scala, die Bahnhöfe mit Areal und die Teiggi unwiderruflich verloren gehen? Damit all diese Fragen geklärt werden können, fordert die GB/SP-Fraktion per Motion einen Planungsverantwortlichen nach dem Modell «Stadtarchitekt Luzern». Die Motion ist noch hängig, doch die Zentrumsplanung läuft. Die GB-Fraktion wird ein waches Auge auf ihren weiteren Verlauf haben. Allenfalls wird sie einzelne Projekte mittels Referendum bekämpfen. Kriens muss uns das wert sein.



Horw · St. Niklausen

Bio-Fleisch: Von Natur aus besser.

Verkauf ab Hof jeden Samstag von 8-13 Uhr

Ueli & Hof

Bio-Hof Mättwil · Tel. 041 342 05 46 · www.uelihof.ch

Eine neue Ortsgruppe

«Ich sehe mich noch als Beobachter»

Michael Töngi, GB-Co-Präsident, Kriens

Bestrebungen für eine neue Ortsgruppe: In Littau-Reussbühl will Chris Kravogel grüne Politik machen. Ein Gespräch über Parteien, Fusionen und grüne Ideen.

Wie stellst du dir den Einstieg in den grünen Aufstieg in Littau vor?

Alles zu seiner Zeit, ich sehe mich eher noch als Beobachter.

Chris Kravogel, vor vier Jahren zogen die Grünen in Littau-Reussbühl die Segel ein, für grüne Politik war die Gemeinde ein besonders hartes Pflaster. Woher nimmst du die Unerschrockenheit, hier einen Neustart zu wagen?



Chris Kravogel

37 Jahre,
Dipl. El. Ingenieur FH,
Geschäftsführer,
verheiratet,
drei Kinder (im Alter von 7,
5 und 2),
Bürger von Littau

Wo siehst du dringenden Handlungsbedarf in Littau-Reussbühl?

Handlungsbedarf sehe ich besonders im öffentlichen Personen-Nahverkehr und in der Bildung.

Das grosse Thema in der Littauer Politik wird in den nächsten Jahren die Fusion mit Luzern sein. Was ist deine Meinung dazu?

Ich bin ein klarer Befürworter einer Fusion von Littau mit Luzern. Mein Anliegen gegenüber der Stadt Luzern ist jedoch, dass sie sich des Wertes von Littau bewusst sein sollte. Dank Littau kann Luzern seine Landfläche fast verdoppeln. Ich erwarte, dass nach einer Fusion Luzern seinen neuen grossen Stadtteil mit demselben Interesse wahrnimmt wie vor der Fusion.



Wie schätzt du die Stimmung zur Fusion in Littau ein?

Dazu liegen mir noch zu wenige Informationen vor.

Hast du eine Erklärung, weshalb es in deiner Gemeinde besonders schwierig ist, Menschen für eine grüne und soziale Politik zu motivieren?

Persönlich habe ich noch keine negativen Erfahrungen gemacht. Im Zusammenhang mit dem Grünen Bündnis wurde ich lediglich auf einen Punkt kritisch angesprochen, auf die Ausländerpolitik. Der Ausländeranteil in der Gemeinde und insbesondere in den Schulen wird als zu hoch empfunden und die Haltung des GB als zu liberal.

Was hat dich dazu bewogen, den Grünen beizutreten?

Zwei Dinge: Erstens finden meine persönlichen Überzeugungen die grösste Übereinstimmung mit der Politik der Grünen. Und zweitens: Ich habe drei Jahre in Deutschland gelebt, und die dortige Grüne Partei hat mich von der Regierungsfähigkeit der Grünen überzeugt.



Oeko-Hotel Gruebisbalm/Rigi

Unser ökologisches Hotel liegt idyllisch gelegen an der autofreien Rigi-Südseite. Das Hotel ist baubiologisch renoviert, und wir nutzen die Sonne für Strom und Warmwasser. In unserer Küche kochen wir frische und natürliche vegetarische und nicht vegetarische biologische Vollwert-Speisen.

Bei uns können Sie angenehme Ferientage verbringen, Kurse und Tagungen durchführen oder auch Feste feiern. Als familienfreundliches Hotel übernachten bei uns Kinder bis 14 gratis im Zimmer der Eltern.

Im Sommer ist die Rigi ein herrliches Wandergebiet, und im Winter ist das Skigebiet mit den Rigi-Bahnen bequem erreichbar.

Hotel Gruebisbalm/Rigi, Familie Schaub
6354 Vitznau, Tel. 041-397 16 81, Fax 041-397 21 70

Learn English

www.english-on-dartmoor.com

in einem Landhaus in Devon

**Eintauchen in die Sprache
und in die Landschaft**

Vielseitige Kurse

von Februar bis November 2006

Kursdauer 2 bis 4 Wochen

Das Essen ist vegetarisch

Das Mindestalter: 28 Jahre

Aktuell:

Open English Courses

Für das Jahr 2006

Autumn English Courses

September und Oktober 2006

**Auskünfte und Anmeldungen bei
Lynn Rawlinson**

info@english-on-dartmoor.com

Telefon: 0044 1364 73117

«Gefährliche» CEOs und Verwaltungsräte Lebenslange Verwahrung gefordert

Christian Sager, Vorstand junge gruene, Luzern

Ein nicht ganz ernst gemeinter Beitrag der Jungen Grünen zum Thema Massenentlassungen, Managerlöhne und dergleichen. Haben Sie sich auch schon überlegt, was ein Verbrechen ist? Im Strafrecht wird es als sozial und ethisch verwerfliches Verhalten definiert, das es zum Schutze der Gesellschaft zu verbieten und also zu sanktionieren gilt. Das Strafrecht spiegle so in seiner Gesamtheit die Werte und Werthaltungen einer Gesellschaft, sind die JuristInnen überzeugt.

Einspruch, euer Ehren. Die Theorie hat sich von der Praxis entfernt. Wie sonst ist es zu erklären, dass ein millionenschwerer Versandhändler sein Unternehmen ruckzuck schliessen kann, ungeachtet der Tatsache, dass er damit 300 Familienväter und -mütter auf die Strasse stellt? Ist das etwa nicht «sozial und ethisch verwerflich»? Auf jeden Fall kommt besagter Unternehmer ungeschoren davon. Auch wenn er anschliessend langjährige Angestellte mit mageren 2000 Fränklein abspesen will und dies auch noch ordentlich grossspurig als «Sozialplan» ankündet.

Einmal hat einer gerufen, zuerst komme das Fressen, dann die Moral. Unsere Zeit zeigt uns auf bisweilen brutale Weise, dass die Moral mit dem Fressen nicht automatisch kommt. Wenn wir die KollegInnen von der selbsternannten Selbst-Verantwortungs-Partei noch lange von ihren guten Menschen in den Chefetagen predigen lassen, welche offenbar von sich aus bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, dürfte uns die hässliche Fratze des grenzenlosen und entfesselten Neoliberalismus in Zukunft noch des Öfteren hämisch angrinsen: Soll nämlich diese Selbstverantwortung nicht einfach blanker Egoismus sein, so würde sie bedeuten, dass die Starken von sich aus bereit sein müssten, Geld herzugeben.

Wenn wir uns heute noch fragen: UBS, was ist denn hier danebengegangen? – so gilt für die Zukunft: Man schläft in dem Nestlé, das man sich gebaut hat. Wer heute für Staatsabbau ist, der bedenke dies und werfe einen Blick hinaus über den eigenen Acker, Mann! Zeigen wir den Übeltätern darum die rote Karte, solange wir noch lenken.




Die Idee
von Ihnen

Das Holz
aus der Region

Die Qualität
vom Schreiner

Stefan Suhner
Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8
6005 Luzern
Telefon 041 360 82 83

PATRICK STEINER



**PARKETTARBEITEN
MALERARBEITEN
NATURFARBEN**

**LUZERNERSTR. 33C
6010 KRIENS
TEL. 079 650 79 42**

Der **Unter-Grundhof** in Emmen ist eine lebendige, ökologisch konzipierte Siedlung direkt an der Reuss. Die familienfreundliche Umgebung mit wunderschönen Gärten und gemeinsamen Plätzen ist ein Paradies für Kinder und Erwachsene, bietet viel Freiraum für Freizeit, Sport, Tierhaltung usw.

Zu verkaufen:

- 2 x 5 1/2 Zimmer-Wohnungen**
(Tür an Tür)
- 1 x 5 1/2 Zimmer-Atelier-Wohnung**
(im gleichen Haus,
mit Ausbaumöglichkeiten)

Baujahr 1996, 130 m², dreistöckig, helle Räume, Holzböden, zwei grosse Balkone, moderne Holzheizung.

Interessanter VP. Tel. 041 260 90 94

Umbenennung des GB Luzern

Mit neuem Namen in die Wahlen 2007

Natalie Kamber, GB-Sekretärin, Luzern

Am 9. Mai hat das GB in Oberkirch seine diesjährige GV abgehalten. Knapp vierzig Mitglieder fanden sich ein und erlebten eine Versammlung, die von Co-Präsidentin Rosa Rumi zügig geleitet wurde.

Thema der GV war u.a. der Vorschlag des Vorstands, das Grüne Bündnis Luzern in «Grüne Luzern» umzubenennen. Das Grüne Bündnis wurde 1987 gegründet und war damals ein Bündnis verschiedenster Gruppierungen: Progressive Organisationen (Poch), Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), Organisation für die Sache der Frau (Ofra), Dritte-Welt-Gruppen

und andere. Inzwischen hat sich das GB zu einer recht homogenen Partei entwickelt. Ausserdem ist das GB seit sechzehn Jahren Mitglied der Grünen Partei Schweiz – höchste Zeit also, sich in Namen und Erscheinungsbild der nationalen Partei anzupassen.

Praktisch einstimmig erteilte die GB-Versammlung dem Vorstand den Auftrag, eine entsprechende Statutenänderung vorzubereiten. Die Statuten sollen im September geändert werden, damit wir mit dem neuen Namen und dem neuen Logo in die Grossratswahlen 2007 starten können.

Nach der Änderung der Statuten wird eine neue Wahlbroschüre in Druck gehen. Die Broschüre enthält auf zwölf A5-Seiten die grünen Positionen in den Bereichen Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft. Sie richtet sich an potenzielle KandidatInnen, Neumitglieder und alle anderen, die sich für grüne Politik interessieren.



www.baukultur.ch

BÜRO FÜR BAUKULTUR GMBH
EDGAR UEBERSCHLAG
ARCHITEKTUR
BAUÖKOLOGIE
BAUBIOLOGIE
BRÜGGLIGASSE 2
CH - 6004 LUZERN
TEL. 041 - 412 02 90

Kantonale Energie-Initiative

3500 Unterschriften gesammelt

Jonas Ott, GB-Sekretär, Luzern

Letzten November hat das Grüne Bündnis eine kantonale Initiative zur Frage der Klimaerwärmung lanciert. «Weg vom Öl – hin zu erneuerbaren Energien!» – unter diesem Titel fordert das GB vom Kanton Luzern, dass er bis ins Jahr 2030 den Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch verdoppelt.

Bis Anfang Juli sind rund 3500 Unterschriften zusammengekommen – eine tolle Zahl, wenn man bedenkt, dass die Sammelfrist erst am 25. November 2006 abläuft. Rund zwei Drittel der Unterschriften wurden an Standaktionen gesammelt. An dieser Stelle danken wir all jenen herzlich, die vor dem Luzerner Theater, auf dem Helvetiaplatz, in Horw, Emmen und Reussbühl PassantInnen angesprochen und von der Initiative überzeugt haben!



Unerwartete Unterstützung

Die GB-Initiative hat von unerwarteter Seite her Unterstützung bekommen. Die CVP des Kantons Luzern hat ihre Ortsgruppen aufgerufen, die Initiative zu unterschreiben. Eine Befragung der CVP-Basis ergab 2004, dass 78 % der StammwählerInnen die Sorge um die natürlichen Lebensgrundlagen wichtiger findet als die wirtschaftliche Entwicklung. CVP-Präsident Martin Schwegler dazu: «Das hat einen Denkprozess ausgelöst. Bei der GB-Initiative standen wir vor der Wahl, konsequent zu sein und die richtige Forderung zu unterstützen. Oder die parteipolitische Brille aufzusetzen.» (NeueLZ 31. 5. 06). Wir sind mit unserer Initiative auf gutem Weg und hoffen, dass wir sie im November mit weit über 4000 Unterschriften einreichen können – damit unsere Forderung noch mehr Gewicht erhält.



BE Netz AG Luzern plant ganzheitlich und baut

- Solaranlagen für Warmwasser und Strom
- Pelletskessel und Pelletsöfen, Stückholzheizungen
- Wärmepumpen
- Moderne energiesparende Haustechnik
- Energieberatungen für Umbauten

Im info-heiz-center können wir Ihnen alle Kessel in Betrieb zeigen. Sie bekommen bei uns alles aus einer Hand, die Beratung, die Planung und die Installation. Umfangreiche Referenzlisten zeigen Ihnen unsere Stärken.

Rufen Sie uns heute noch an,
unser Team freut sich auf ihren
Anruf 041 410 40 70

BE | NETZ

BE und Energie
BE Netz AG
Bernstrasse 57a
6003 Luzern
info@benetz.ch / www.benetz.ch

Impressum

Herausgeber und Inserateverkauf

Grünes Bündnis, Neustadtstrasse 34,
Postfach 31, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5
Telefon 041 360 79 66, Fax 041 361 06 77

Redaktion

Jürg Aebi, Heinz Bähler, Natalie Kamber,
Michael Töngi

Korrektorat

Nina Ceresa

Inserate

Telefon 041 360 79 66, Fax 041 361 06 77

Fotos

Jürg Aebi, Jonas Ott

Konzept, Gestaltung und Druck

Gegendruck GmbH,
Neustadtstr. 26, 6003 Luzern
Telefon 041 360 82 70, Fax 041 362 22 37

Erscheinung

5x im Jahr, Auflage 1350 Exemplare

Abonnement

Ein Jahr Fr. 30.– Abo
Ein Jahr Fr. 50.– Unterstützungsabo

Redaktionsschluss

RundBrief 5/2006, 12. August 2006

Kandidierende für die Grossratswahlen 2007

Wir suchen dich!

Natalie Kamber, GB-Sekretärin, Luzern

Stell dir vor: Du wohnst im Wahlkreis xy und willst das Grüne Bündnis wählen. Du durchsuchst das Wahlmaterial, das dir von der Gemeinde zugeschickt worden ist, und findest – nichts. Keine grüne Liste. Was ist geschehen? Du fragst nach und erfährst: Es haben sich keine KandidatInnen zur Verfügung gestellt.

Dieses (Horror-)Szenario soll an den Grossratswahlen 2007 nicht Wirklichkeit werden. Das GB will in allen Wahlkreisen ausser im Entlebuch antreten. Dafür brauchen wir Leute, die hinstehen und kandidieren.

Was bedeutet es, zu kandidieren?

Zu den Fragen, die uns häufig gestellt werden, gehört diese: «Wie gut muss ich über die kantonale Politik informiert sein, wenn ich kandidieren will?» – Detailkenntnisse des politischen Geschehens sind nicht notwendig. Wichtig ist, dass du dich grundsätzlich mit der Politik des GB identifizierst, mit den Details wird man sowieso erst dann vertraut, wenn man in die Politik eingestiegen ist.

«Wie viel Zeitaufwand zieht eine Kandidatur nach sich?» – Die Antwort auf diese Frage lautet: wenig. Obligatorisch sind im Grunde nur die Teilnahme an der Nominationsversammlung und die Wahrnehmung des Fototermins. Selbstverständlich hoffen wir auch, dass Kandidierende zum Beispiel mal an eine Standaktion kommen – aber dies ist bereits Supplement.

«Welche Verpflichtungen gehe ich mit einer Kandidatur ein?» – Wer kandidiert, muss bei

einer Wahl diese auch annehmen, kneifen gilt dann nicht. Allerdings ist die Chance, gewählt zu werden, beim GB (leider) relativ klein.

Dem GB ein Gesicht geben

Du siehst, eine Kandidatur bedeutet vor allem eines: der grünen Partei des Kantons Luzern

ein Gesicht geben. Bist du bereit, das zu tun? Dann melde dich JETZT bei uns. Oder nenne uns Bekannte von dir, die wir für eine Kandidatur anfragen könnten. **Damit grüne Listen entstehen – in all unseren angestammten Wahlkreisen.**



ANTWORTALON GROSSRATSWAHLEN 2007

- ☐ Ja, ich kandidiere 2007 für den Grossen Rat.
- ☐ Ich könnte mir eine Kandidatur vorstellen. Nehmt mit mir Kontakt auf.
- ☐ Er/Sie identifiziert sich mit der grünen Politik. Nehmt mit ihm/ihr Kontakt auf (Name und Adresse des/der Bekannten):

Absender/in: _____

Vorname und Name: _____

Strasse und Nr.: _____

PLZ und Ort: _____

Talon einsenden an Grünes Bündnis Luzern, Postfach 31, 6000 Luzern 4, faxen an 041 361 06 77 oder Antwort mailen an lu@gruene.ch

Sport- und Familienfest

Sonntag, 27. August 06

Auch beim GB gibts schöne Traditionen: Zu ihnen gehört das Sport- und Familienfest auf der Allmend. Dieses Jahr wird wieder getschüttet, neue Smashkombinationen werden erprobt, für die Kinder gibt es ein eigenes Programm, und es kann auch schon um 9.15 Uhr bei Zopf und Co. ein feines Zmorgen gegessen werden. Dieses Jahr hoffentlich ohne Überschwemmungen und Sumpfplätze und wie letztes Jahr mit Rekordbeteiligung.

Fussballturnier, Sonntag, 27. August 2006, ab 9.00 Uhr

Männermannschaften oder gemischte Teams. Offizielle Fussballregeln (ohne Offside- und Rückgabe-Regel). Einsatz pro Team Fr. 70.–
Der Spielplan wird der Kontaktperson in der Woche vor dem Turnier zugestellt.

Anmeldung Fussballturnier Erwachsene

Teamname: _____
Kontaktperson, Tel.: _____
Adresse, PLZ/Ort: _____

Volleyballturnier, Sonntag, 27. August 2006, ab 9.15 Uhr

Mixed Frauen und Männer (min. 3 Frauen). Einsatz pro Team Fr. 60.–
Der Spielplan wird der Kontaktperson in der Woche vor dem Turnier zugestellt.

Anmeldung Volleyballturnier

Teamname: _____
Kontaktperson, Tel.: _____
Adresse, PLZ/Ort: _____

Anmeldungen bis spätestens 21. August 2006 einsenden an:

Grünes Bündnis, Postfach 31, 6000 Luzern 4 (Reglemente auf www.gruene-luzern.ch)

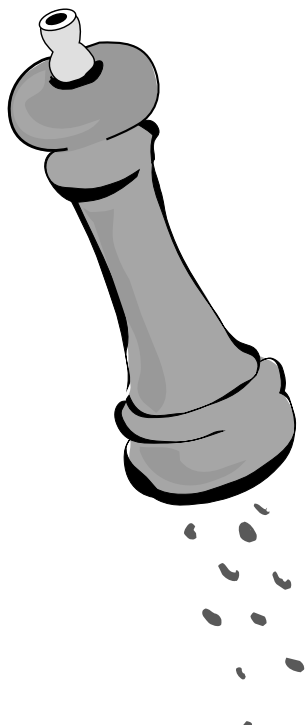
HelferInnen gesucht!

Für ein tolles Sportfest suchen wir einige HelferInnen. Melde dich bitte frühzeitig zur Mithilfe, sonst werden wir dir telefonieren. Jeder Einsatz ist uns sehr willkommen! Einfach untenstehende Tabelle ausfüllen und an das GB-Sekretariat, Postfach 31, 6000 Luzern 4 schicken.

Kuchen-BäckerInnen melden sich bei Hans-Urs Fähndrich, Tel. 041 310 71 14

Sonntag, 27. Aug.	7'30–9'30	9'30–11'30	11'30–13'30	13'30–15'30	15'30–17'30
Aufstellen					
Küche (Hilfe)					
Abwaschen					
Grill					
Abräumen/Aufräumen					
Kinderprogramm					

Name/Vorname: _____
Adresse, PLZ/Ort: _____
Telefon: _____



Der Grüne Pfeffer kann nicht immer zur SVP schreiben, das wäre zu viel der Ehre. Andere PolitikerInnen sollen auch einmal ihr Fett abbekommen, vor allem wenn sie uns – fussballtechnisch gesprochen – schöne Steilpässe zuspielen.

Einige SP-Mitglieder sind auf Schleuderkurs. Allen voran hat SP-Grossrat Pascal Ludin den Vogel abgeschossen. **Er fordert mit der SVP das Absingen des Schweizerpsalms in den Schulen.** Der Schweizerpsalm soll Pflichtstoff im Gesangsunterricht werden. Die Begründung dazu ist hörensenswert: Pascal Ludin gehe auch an die Schlachtgedenkfeier in Sempach und sei mit Land und Brauchtum sehr verbunden. Gleichzeitig setzt er sich für den Rontal-Zubringer und für den Konsumtempel Ebisquare ein. Sein Konservatismus schützt das Land nicht, jedoch den modernen nationalistischen Konsumtrip (nachzulesen in der Neuen LZ vom 26. 4. 06). SVP-Grossrätin Yvette Estermann verkündete, dass für sie in der Tschechoslowakei die Nationalhymne das einzige Verbindende war. Genützt hat es trotzdem nichts, die Tschechoslowakei ist auseinander gefallen trotz gemeinsamer Nationalhymne.

Der Luzerner SP-Politiker Giorgio Pardini outete sich als Formel-1- und Rallye-Fan. Nach ihm sollen **Autorennen** einfach nicht durch Naturschutzgebiete geführt werden. An welche Naturschutzgebiete er dabei denkt, weiss vermutlich nur er (protokollarisch festgehalten ist die Geschichte in der Neuen LZ vom 14. 1. 06). Dafür reduzierte Kollege Pardini die Grünen auf die ausserparlamentarische Bewegung (Zeitschrift «work» vom

13. 4. 06). In alter SP-Manier beansprucht er die alleinige linke Führungsrolle und hätte es lieber, wir wären keine Partei, sondern nur eine Bewegung. Klar, schliesslich sind wir gegen Autorennen – und wir sind beides, Bewegung und Partei.

Die FDP sammelt Unterschriften an sich selbst! Sie lancierte eine kantonale Petition zugunsten des öV. Die Petition hat nicht nur den Absender FDP, sondern auch die FDP als Adressaten – die drei Baudirektoren Pfister, Maeder und Bieder. Diese drei Herren bestimmen die kantonale Verkehrsplanung. Sie sitzen im Steuerungsgremium zum Agglomerationsprogramm. Das frauen-, SP- und grünlose Gremium entscheidet über 3300 Millionen Franken. Die Petition soll die FDP in ein ökologisch günstigeres Licht rücken. Der Kanton Waadt wählte kürzlich eine linksgrüne Regierung, und dieser Kanton hat ein Agglomerationsprogramm mit einem öV-Anteil von 78 %. Die FDP-Baudirektoren legen uns dagegen ein Programm mit mehr Strassen (75 %) vor. Die Angst der FDP scheint begründet zu sein.

stattkino

ab 6. Juli
THE WAYWARD CLOUD
von Tsai Ming-Liang

ab 20. Juli
BE HERE TO LOVE ME
von Margaret Brown

ab 3. August
SEASON OF THE HORSE
von Ning Cai

ab 17. August
DELWENDE
von Saint Pierre Yaméogo

ab 31. August
ZUM ABSCHIED MOZART
von Christian Labhart

ab 1. September
DOUCHES FROIDES von Antony Cordier

STATTKINO IM BOURBAKI PANORAMA LUZERN
Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse
oder dem Monatsprogramm · www.stattkino.ch

Rundbrief

Agenda

August

Datum	Zeit	Veranstaltung · Ort
Fr 04.	20.00	Sitzung Junge Grüne , GB-Sekretariat
Sa 12.		Redaktionsschluss Rundbrief 5/06
Mo 21.	19.00	Wahlgruppe und ab 20.00 Uhr Kantonaler Vorstand , GB-Sekretariat
Mi 23.	19.30	GB-Frauen-Gruppe , GB-Sekretariat
So 27.	09.00	Grosses Sport- und Familienfest , Allmend Luzern
Di 29.	19.30	Städtischer Vorstand , GB-Sekretariat
Mi 30.	19.30	Veranstaltung zur Allmendplanung inkl. Stadionfrage , Ort ist noch nicht bekannt

September

Datum	Zeit	Veranstaltung · Ort
Fr 01.	20.00	Sitzung Junge Grüne , GB-Sekretariat
Mo 11.	19.00	Wahlgruppe und ab 20.00 Uhr Kantonaler Vorstand , GB-Sekretariat
So 24.		Abstimmungssonntag
Mo 25.	19.00	Wahlgruppe und ab 20.00 Uhr Kantonaler Vorstand , GB-Sekretariat
Do 28.	19.30	GB-Frauen-Gruppe , GB-Sekretariat

Rundbrief

Veranstaltungshinweis

Sport- und Familienfest 2006

Das diesjährige Sport- und Familienfest findet am Sonntag, 27. August, statt (auf dem Sportplatz Allmend Süd).

Die Festwirtschaft beginnt morgens um 9.15 Uhr mit Kaffee, Brot und Gipfeli. Am Mittag gibt es feine Speisen aus der Küche von Urs Wüest. Für die Kinder gibt es den Spielbus.

Wir sind gespannt, ob wir wie letztes Jahr eine Rekordbeteiligung bei den Teams erreichen! Wieder sind attraktive Beizen-Preise zu gewinnen. Letztes Jahr spendeten grosszügig folgende Restaurant-Sponsoren: Weinstube Storch, La Perla, Helvetia, Neustadt und Masala. Herzlichen Dank!

Bitte meldet euch mit dem eingedruckten Talon für die Turniere und/oder zum Helfen an. Anmeldeschluss ist der 21. August 2006.